

Wiederaufforstungsgebiet für Dammbau abgeholzt

Bestürzt äußerten sich Vertreter der Umweltbehörde von Nueva Ecija über die Abholzung Tausender Bäume im Wasserreservoir von Pantabangan im Zuge des großen Dammpojekts Casecnan in der Sierra Madre. Die Bäume waren erst vor zehn Jahren mit japanischer Finanzhilfe gepflanzt worden, um die Bodenrosion in dem Wassereinzugsgebiet zu stoppen. Es habe keine Abstimmung mit der lokalen Umweltbehörde gegeben. Anwohner des geplanten Wasserspeichers protestieren gegen das Projekt, weil sie eine Überflutung ihrer Ortschaften fürchten. Angehörige des Bugkalot-Stammes, die durch den geplanten Mammut-Damm von ihrem Land verdrängt werden, protestierten gegen das Auftreten von nicht autorisierten Personen als Vermittler bei Gesprächen mit der Regierung. Der Casecnan-Damm soll Strom und Wasser für Zentral-Luzon liefern. Für die Planung des "San Roque Multipurpose Dam" in Pangasinan hat Präsident Ramos indes den betroffenen indigenen Gruppen Gespräche und eine Regelung der Landrechte zugesagt.

In Manila, Cebu und Baguio ist Trinkwasser in den letzten Monaten knapp geworden.

In der Provinz Bulacan konstatierte die Umweltbehörde, vier der fünf großen Flüsse der Provinz seien "biologisch tot." Die wachsende Industrialisierung, aber auch große Viehzuchtbetriebe entlang der Flüsse, werden für diesen Zustand verantwortlich gemacht.

vgl. Today 24.3., 26.3.; PDI 26.3.; MT 16.3.96

Kein Licht mehr für FM

Wegen unbezahlter Rechnungen in Höhe von 4,1 Millionen Pesos droht das lokale Stromversorgungsunternehmen der Familie des früheren Diktators Marcos, den Strom für das Mausoleum abzuschalten. Ein Landhaus der Familie und ein Marcos-Museum sind bereits ohne Strom, das Mausoleum war bisher noch verschont worden.

vgl. Reuter 27.3.96

Abraum aus Kupfermine in Fluß gespült

Wegen eines Lecks in der Abflußleitung einer ehemaligen Kupfermine in der Provinz Marinduque fluteten mehrere Tonnen verschlammter Abraum aus der Mine in den Fluß Boac. Das schlammige Flußwasser überflutete 14 Barangays, rund 4400 Menschen saßen in ihren Dörfern fest. Der zementartige Schlamm dient dazu, das Kupfererz aus dem Gestein zu lösen. Die ehemalige Mine dient jetzt als Lager für Abraum aus einer neuen Mine. Verantwortliche der Marcopper Mining Corporation, einer der größten Bergbaugesellschaften Asiens, betonten, der Schlamm sei für Menschen nicht giftig. Inzwischen wurden im Flußwasser des Boac Spuren von Schwermetall gefunden, damit kann es als Trinkwasser nicht mehr genutzt werden. Auch andere langanhaltende Umweltschäden sind bereits jetzt abzusehen. Die Schlammflut hat zu einem Fischsterben geführt, das sich an der Küste in der Mündungsbucht des Boac zu wiederholen droht.

Mindestens zehn Jahre werde der Fluß nach vorsich-

tigen Schätzungen brauchen, um sich zu regenerieren, für Korallenriffe an der Küste sind noch nachhaltigere Schäden zu befürchten.

Die am Fluß lebenden Menschen verloren durch das Leck in der Mine ihre Trinkwasserquelle, das Badezimmer und nicht zuletzt eine wichtige Einnahmequelle durch die Fische und Garnelen aus dem Fluß.

Die "Marcopper Mining" wurde von der Regierung dazu verpflichtet, den Schlamm aus dem Fluß zu baggern und ihr Möglichstes zu tun, um zu verhindern, daß die Schlammflut die Mündungsbucht des Boac erreicht. Außerdem wurde die Firma auf eine rote Liste gesetzt und soll somit in Zukunft keine neuen Konzessionen auf den Philippinen erhalten dürfen. Schon vor der Katastrophe Ende März sollen mindestens zweimal ähnliche, aber weniger große Schlammfluten aus der Mine ausgetreten sein. Bisher war auch toleriert worden, daß die Bergbaugesellschaft Abraum aus den Minen in eine Bucht vor Marinduque kippte.

NGO's wie zum Beispiel PAHRA (Philippine Alliance of Human Rights Advocates) brandmarkten die Umweltkatastrophe auf Marinduque als "Biozid" und warnten vor weiteren solchen Vorkommnissen als Folge der aggressiven Industrialisierungspolitik der Regierung Ramos.

vgl. AFP 9.4., PDI 3.4., 16.4., ISND 4/96 ADN 2.4.96

Pestizide vergiften B'laan

Mitglieder des B'laan Stammes sind auf einer Ananasplantage in South Cotabato, Mindanao mit Pestiziden besprüht worden, nachdem sie einer Aufforderung, das Gelände zu verlassen, nicht nachgekommen waren. Zwei Mitglieder des Stammes starben im April an chemischen Vergiftungen, viele B'laan leiden an Hautkrankheiten. Menschenrechtsgruppen forderten die Regierung auf, im Konflikt des Stammes um die Rechte an dem von Dole zur Plantage umgewandelten Stammesland eine schnelle Lösung zu finden.

vgl. Manila Times 1.4.96

- Anzeige -

159 Tote bei Discobrand

Mißachtung nahezu aller Feuerschutzbestimmungen ließ ein Feuer im "Ozone Disco Club" in Quezon City zur tödlichen Falle für 159 junge Besucher werden. Eine Überlastung des Stromnetzes an der Musikanlage war vermutlich Ursache des Feuers. Gegen die Besitzer des Clubs sowie sechs Beamte aus dem Baurat und der Feuerwehr von Quezon City wurden wenige Tage nach der Brandkatastrophe Strafanzeigen eingereicht.

vgl. Reuter 21.3., 26.3., 28.3. AFP 23.3.96

Landtitel für Igorots

Für rund eine halbe Million ha Land hat die philippinische Regierung an 32.000 Igorots sogenannte "Certificates of Ancestral Domain Claims" ausgestellt und dem in der Kordillera in Nordluzon lebenden Stamm die Rechte an seinem angestammten Land erstmals offiziell bestätigt. Agrarreformminister Ernesto Garilao sagte, die Regierung werde auch den anderen ethnischen Gemeinschaften der Philippinen das Land geben, das ihnen zustehe. Bis Ende 1998 sollen noch zwei Mio. ha vergeben werden.

vgl. Today 18.3.96

Philippinen weltweit zweitgrößter Marihuanalieferant

Auf den Philippinen wird jährlich Marihuana im Wert von 1,4 Mrd. Dollar produziert. Eine Summe, die nur von Mexiko übertroffen wird. Verarbeitet wird der Stoff vor allem auf Mindoro und in der Kordillera, angebaut in 14 der 75 Provinzen.

vgl. Reuter 7.4.96

philippinen forum



Die Philippinen-Zeitschrift

Nachrichten, Berichte, Hintergründe zu Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und den europäisch-philippinischen Beziehungen.

Schwerpunktthemen:

- Juni '94: Nicht-Regierungsorganisationen
- Sept. '94: Verschuldung
- Dez. '94: Familie
- Juli '95: Islam
- Sept. '95: Philippinische Kultur
- Dez. '95: Vor 50 Jahren
- Apr. '96: 10 Jahre EDSA

Erscheint dreimal jährlich
Einzelheft DM 8,- (plus Porto), Jahresabo DM 24,-
(incl. Porto), Förderabonnement DM 50,-
Einzelheft vor 1996 DM 6,- (plus Porto)

philippinenbüro

Bullmannau 11, 45327 Essen
Tel.: 0201-8303828 Fax 0201-8303830

Menschenrechtsverletzungen in Aufforstungsgebieten

Die amerikanische Menschenrechtsorganisation "Human Rights Watch" wirft der philippinischen Regierung in einem Bericht die Tolerierung massiver Menschenrechtsverletzungen vor. Einschüchterung und Gewaltakte gegen Bewohner gebe es vor allem im Rahmen eines von der Asiatischen Entwicklungsbank unterstützten Programms auf Mindanao. Es sei zu Verstümmelungen, Exekutionen, Folterungen und Vergewaltigungen gekommen. Private Wächter, die für die Holzwirtschaft arbeiteten, hielten die Bewohner einer Reihe von Waldgebieten fest. Auch zu Tötungen kommt es laut dem Bericht. Vielfach seien die Bestimmungen der Forstprogramme mißachtet worden, wonach die betroffenen Bewohner vor der Umsetzung konsultiert werden müssen, dies habe zu Spannungen geführt.

vgl. AFP 28.4.96

- Anzeige -

US-Schiffe wollen im Hafen von Subic docken

Auf der Höhe der Spannungen zwischen China und Taiwan ersuchten die USA Zugang zum Hafen von Subic für einige ihrer Schiffe zu bekommen. Außerdem wollten die Amerikaner einen Vertrag zum Auftanken ihrer Schiffe für ein Jahr abschließen und boten an, noch in diesem Jahr gemeinsame Militärübungen abzuhalten. Diese Vorgänge gaben Gerüchten neue Nahrung, die Amerikaner wollten die Verhandlungen für ein logistisches Abkommen wieder aufnehmen, die zuvor unter anderem an der Frage der Stationierung von US-Truppen auf philippinischem Boden gescheitert waren.

Generalstabschef Arturo Enrile betonte, es sei ein normaler Vorgang, daß ausländische Schiffe um Zugang zu einem philippinischen Hafen anfragten. Es gebe keinen Grund, die Amerikaner zu diskriminieren. Viele philippinische Abgeordnete befürchten, daß die Philippinen dadurch in den Konflikt zwischen Taiwan und China hineingezogen würden.

vgl. PND 4/96

Spannungen um die Spratlys

Ein hoher chinesischer General betonte bei einem Besuch auf den Philippinen, China wolle Frieden in der Region, man habe die Kriegsschiffe angewiesen, sich von einem Teil der Spratly-Inseln fernzuhalten. Kurz darauf wurde ein philippinisches Marineschiff bei den umstrittenen Inseln mit Journalisten an Bord von einem chinesischen Schiff verfolgt. Die Philippinen beschuldigen China, auf dem "Mischief Reef", einem Teil der Spratly-Inselgruppe, die von China, den Philippinen, Malaysia, Taiwan, Vietnam und Brunei beansprucht werden, dauerhafte militärische Strukturen zu errichten.

Mitte Mai wurde China zusammen mit Rußland von den ASEAN-Staaten als vollwertiger Dialogpartner der Staatenbundes anerkannt. Das berechtigt sie unter anderem dazu, an den jährlichen Außenministertreffen der ASEAN teilzunehmen. Zwei Tage später äußerten sich die Regierungen der ASEAN-Staaten besorgt über die Ausdehnung der chinesischen Hoheitsgewässer um 2,5 Millionen Quadratkilometer. Manila kommentierte diesen Schritt mit der Bemerkung, die gerade entstehende Zusammenarbeit

werde dadurch empfindlich gestört. China glaubt sein Vorgehen durch die noch nicht in Kraft getretene UN-Ver einbarung zum Seerecht (UNCOS) gedeckt.

Der philippinische Präsident Ramos fordert auf einer Konferenz in Tokio mehr politische Zusammenarbeit zwischen den Staaten Asiens. "China gehört zu unserer Region. Ostasien steht oder fällt mit China."

vgl. Reuter 10. 5., 15. 5., 17.5.96

Philippinische Armee soll verkleinert werden

Die philippinische Infanterie soll um 30 Prozent auf 50.000 Soldaten verkleinert werden. Die Bedrohung durch die Guerilla sei soweit zurückgegangen, daß die philippinische Armee zu einer "schlanken, aber modern ausgerüsteten Truppe" umgerüstet werden könne, sagte General Clemente Mariano. Der philippinische Kongress hat indes ein Modernisierungsprogramm für die Armee verabschiedet, daß sich vor allem auf Marine und Luftwaffe konzentriert.

vgl. PDI 22.3.96

Neue Rechte für Kinder

Im Kongress ist ein Gesetzentwurf eingebracht worden, der es Kindern ermöglichen soll, sich von Eltern oder Vormündern zu trennen, wenn diese ihre Rechte mißbrauchten. Die Kinder sollten dann unter die Obhut von Verwandten oder der Sozialbehörde gestellt werden.

vgl. Reuter 23.3.96

Todesstrafe für sexuellen Mißbrauch gefordert

Das philippinische Repräsentantenhaus hat auf Vorschlag von Präsident Ramos ein Gesetz verabschiedet, das in bestimmten Fällen die Todesstrafe für den sexuellen Mißbrauch von Kindern vorsieht. Wenn das Opfer unter 15 Jahren ist und nach der Tat stirbt oder langfristige psychische Schäden erleidet soll das Gesetz Anwendung finden. Für Kinderpornografie und Sodomie sieht der Entwurf Haftstrafen von bis zu acht Jahren vor. Die Zahl der Kinderprostituierten auf den Philippinen wird auf 60.000 geschätzt.

vgl. AFP 9.5.96

Krimineller Antifaschismus

Abschwören und Ablaß zahlen soll die Autonome Antifa (M)

Außerdem: Endlich frei: Hanna Krabbe nach über 21 Jahren entlassen +++ Europarat verurteilt Spanien wegen Folter +++ „Shoot to kill“ in Gibraltar: Großbritannien verurteilt +++ „radikal“-Verfahren: Interview mit einem der ehemaligen Gefangenen +++ Zwischen Stahlhelm, Gummiknüppel und Knast: Antimilitarismus in Deutschland

für 3,50 DM in guten Buch- und Infoläden und bei Eurer Ortsgruppe oder für 5,- DM in Briefmarken bei:

Rote Hilfe e.V., Postfach 6444, 24125 Kiel
Tel. + Fax: (0431) 7 51 41



DIE ROTE HILFE

2/96

Risiko bei Abtreibungen

Jedes Jahr sterben laut GABRIELA-Mindanao rund 70.000 philippinische Frauen infolge einer Abtreibung oder aufgrund von Schwangerschaftskomplikationen. 1995 seien pro Tag durchschnittlich 17 Frauen wegen Komplikationen nach einer Abtreibung in das Davao Medical Center eingeliefert worden. Zehn davon waren verheiratet und stammten aus armen Familien. Dies zeige, daß Armut Frauen häufig eine Abtreibung als Ausweg erscheinen lasse, obwohl das Risiko sehr hoch sei.

vgl. Reuter 7.5.96

17 Jahre Gefängnis für australischen Kindesmißbraucher

Wegen des sexuellen Mißbrauchs eines zwölfjährigen Mädchens ist Anfang Mai ein 66 Jahre alter Mann mit australischer Nationalität von einem Gericht in Olongapo zu der Höchststrafe von 17 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Er ist damit der erste Ausländer überhaupt, der nach dem im Jahr 1992 verschärften Gesetzen rechtskräftig verurteilt wurde. Rund 260 solcher Gerichtsverfahren waren in den vergangenen zehn Jahren angestrengt worden. Der Verurteilte kommentierte, daß er sich zum Sündenbock gemacht fühle, und hat Berufung angekündigt, während Kinderschutzorganisationen das Urteil als Meilenstein begrüßten.